BUND • Habermehlstraße 32 • 75172 Pforzheim

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND)
Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Patrick Maier
Regionalgeschäftsführer
Nordschwarzwald

Telefon: 07231-92 71 92

bund.nordschwarzwald@bund.net
bund-nordschwarzwald.de

11.2.2021

Fragen an die Kandidatinnen & Kandidaten für die Landtagswahl in Baden-Württemberg 2021

Als Natur-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure der Region Nordschwarzwald (**LNV**, **NABU**, **Greenpeace**, **Fridays for Future**, **Critical Mass** und **BUND**) fragen wir: Wie wollen Sie die **Natur**, die **Umwelt** und das **Klima** schützen? Wie sieht **die Mobilität** der Zukunft aus und wie wollen Sie die **Bürgerinnen und Bürger mitnehmen**? Was werden Sie als Landtagsabgeordnete oder Landtagsabgeordneter tun, wenn Sie gewählt werden?

Über die Wahlprüfsteine wollen wir unseren zahlreichen Mitgliedern und den Wählerinnen und Wählern der Region ein umfassendes Bild über die Wahlprogramme der Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien mit demokratischen Grundverständnis geben. Die rechtspopulistische AfD zeigt zumindest in Teilen „rechtsextremistische Bestrebungen“ (Bundesamt für Verfassungsschutz) und wird vom BUND nicht berücksichtigt. Bitte schicken Sie uns Ihre Antworten bis zum 1. März zu, sodass wir sie noch weitleiten können. Wir versprechen, Ihre Antworten nicht zusammenhanglos oder in einer anderen unfairen und diffamierenden Weise darzustellen.

Inhaltsverzeichnis

Biodiversität und Artenschutz 2
Wald 3
Landwirtschaft 4
Flächenschutz 6
Klimaschutz 7
- Internalisierung von Kosten für Treibhausgase 7
- Energiewende Verwaltung 7
- Energiewende Gebäude und Wohnen 8
- Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie 9
- Energieleitplanung und Energieversorgung 9
- Ausbau regenerative Energien 10
- Klimaanpassungsstrategie 12

Mobilitätswende 12
Abfall & Plastik 13
Bildung 14
Beteiligung 14

Biodiversität und Artenschutz

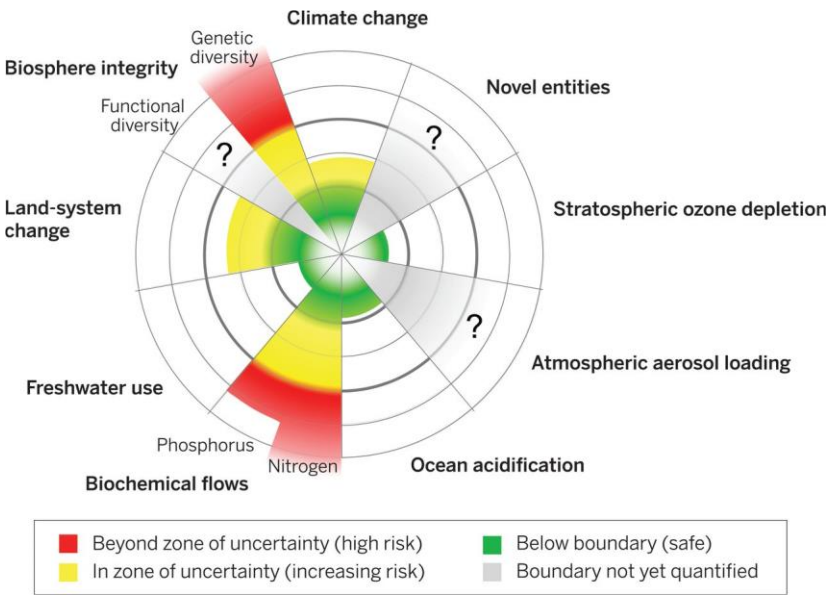

Abbildung 1: Steffen et al. (2015) Planetary boundaries: Guiding human developmenton a changing planet.

Der durch das Artensterben ausgelöste Verlust genetischer Vielfalt gilt als eine der größten globalen Bedrohungen. Wissenschaftlich eindeutig dargestellt wird das in der Studie der **Planetaren Grenzen** (2009) und im 2015 erschienen Artikel „**Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet**".

Als Grundlage für den Naturschutz in Baden-Württemberg wurde 2014 die „**Naturschutzstrategie Baden-Württemberg – Biologische Vielfalt und naturverträgliches Wirtschaften – für die Zukunft unseres Landes**" veröffentlicht. „Das zentrale Ziel der Naturschutzstrategie ist es, den Verlust der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2020 vollständig zu stoppen und die biologische Vielfalt in Teilbereichen sogar zu erhöhen", so die Landesregierung. Das Ziel konnte nicht erreicht werden. Besonders deutlich zeigt sich der Verlust mit Blick auf unsere Insektenwelt. „Die Artenvielfalt von Insekten ist auch in Baden-Württemberg im Offenland alarmierend niedrig. Eine hohe Vielfalt der Arten ist fast nur noch in Naturschutzgebieten zu finden," so die LUBW am 20.11.2020.

Frage	**Antwort**
Wie wollen Sie vor Ort die Biodiversität stärken und die Arten vor einem weiteren Rückgang bewahren?	Uns Freien Demokraten ist der Erhalt der Biodiversität ein zentrales Anliegen. Wir sind der Ansicht, dass dieses Ziel nicht mit einem wissenschaftsfernen, praxisuntauglichen Verbot von Pflanzenschutzmitteln gelingt oder einer einseitigen Forcierung des Ökolandbaus. Einige Insektenarten kommen bei uns nur vor, weil Landschaften kultiviert werden. Wir setzen uns für eine solide Strategie ein, die das berechtigte Interesse des Pflanzenschutzes und der Ertragssicherheit mit Umweltmaßnahmen so balanciert, dass sie realistisch ist und eine wirtschaftliche Anwendung ermöglicht. Wir wollen eine intensive und effektive Agrarforschung sowie technische Innovationen strategisch entwickeln, um synthetische Pflanzenschutzmittel im konventionellen Weinbau und in der konventionellen Landwirtschaft sowie umweltbelastende Pflanzenstärkungsmittel im Ökoland- und -weinbau zu verringern. Ziel ist hierbei auch die Entwicklung und der Einsatz resistenter Kreuzungen sowie alternativer Pflanzenschutzmittel. Ich bin sind überzeugt, dass die Stärkung der Biodiversität eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Verbote oder einseitige Schuldzuweisungen in Richtung Landwirtschaft bringen uns nicht weiter. Wir setzen auf freiwillige Maßnahmen und den eigentumsfreundlichen Vertragsnaturschutz gemäß unserem Grundsatz „Schützen durch Nützen". Baden-Württemberg ist eine Kulturlandschaft. Wir wollen den Vertragsnaturschutz stärken und die Ökokonto-Verordnung überarbeiten, um mehr Anreize für flächenschonende Ausgleichsmaßnahmen und

	ökologische Aufwertungen zu setzen. Wir wollen für Managementpläne auf Flächen des Natura-2000-Netzes (FFH- und Vogelschutzgebiete) wieder stärker den Grundsatz des mildesten Mittels verankern und dem Artenschwund entgegenwirken, indem wir dessen Monitoring verstetigen.
Der genetische Austausch trägt maßgeblich zum Überleben einer Art bei. Wie wollen Sie die Ökosysteme im Landkreis und über die Landkreise hinaus miteinander verbinden?	Gerade für dicht bebaute Gebiete ist ein hochwertiger Naturschutz durch das Anlegen von Biotopen, der laufenden Pflege bspw. von Streuobstwiesen, der Pflege der Stadtnatur etc. wichtig. Wir wollen z.B. kleine städtische Biotope, die in einen flächendeckenden Biotopverbund integriert werden können, fördern. Wir wollen die Entwicklung innerstädtischer Grünflächen, Kleingartenanlagen und Kaltluftschneisen fördern, um sowohl sommerlicher Überhitzung vorzubeugen als auch die urbane Biodiversität zu fördern. Wir werden ein Förderprogramm für Alleen und klimaangepasste Straßenbäume auflegen, um diese wichtigen Verbindungskorridore in Einklang mit den aktuellen Verkehrsrichtlinien zu erhalten. Außerdem werden wir den Schutz von Moorflächen als CO_2-Senken vorantreiben.

Wald

„Die Waldzustandserhebung 2019 bestätigt leider: Unserem Wald geht es nicht gut. Genauer gesagt, es ging ihm seit Beginn der Erhebungen im Jahre 1984 noch nie so schlecht," so Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner.

Frage	**Antwort**
Brauchen wir im Wald eine Zielkorrektur in Richtung Ökologie und Klimaschutz zugunsten von ökonomischen Interessen? Wie ist Ihre Strategie. Mehr Gebote/Verbote oder mehr Freiwilligkeit?	Wir möchten die einzigartige Multifunktionalität unserer Wälder bewahren. Wir sind überzeugt: Verbote und überzogene Auflagen bringen uns dabei nicht weiter. Wir setzen stattdessen auf neueste naturschonende Innovationen. Wir sind überzeugt, dass dies nur gelingt, wenn wir die wirtschaftlichen Funktionen unserer Wälder in Einklang mit dem Umwelt- und Artenschutz und der Erholungsfunktion bringen. Nur bewirtschaftete Wälder in Verbindung mit einer entsprechenden Holznutzung führen langfristig zu positiven Kohlenstoffbilanzen. Auch zeigen aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen, dass Pflanzenartenvielfalt auf Waldflächen durch Störungen gefördert wird, die durch Bewirtschaftungsaktivitäten auf der Waldfläche permanent erzeugt wurden und werden. Diese fördern vor allem den Lichteinfall in die Bestände und auf den Waldboden und schaffen so die Hauptursache für eine höhere Artenvielfalt in Wirtschaftswäldern gegenüber nicht bewirtschafteten, sich selbst organisierenden Waldbeständen. Eine ungestörte natürliche Vegetationsentwicklung führt unter den Klima- und Bodenbedingungen Deutschlands zu oft den gesamten Bestandsraum ausfüllenden, dunklen Waldstrukturen und damit zu weniger Pflanzenartenvielfalt auf der Fläche als unter standortgerechter nachhaltiger Waldbewirtschaftung. Statt immer mehr Flächen, vor allem im Staatswald, unter Prozessschutz zu stellen und aus

	der Nutzung zu nehmen, müssen wir auf produktionsintegrierten Naturschutz setzen. Es werden neue Forschungsansätze benötigt, mit denen sich die Auswirkungen etwaiger Faktorenkombinationen auf die Waldökosysteme selbst und ihre Ökosystemleistungen besser abschätzen lassen. Zum Aufbau klimastabiler Wälder müssen wir auch auf nicht-heimische Baumarten wie Douglasien oder Zedern setzen. Wir wollen eine „Nadelholzstrategie 2100“ erarbeiten, denn wir brauchen auch in Zukunft klimastabile Mischwälder und große Mengen an Nadelholz. Dabei wollen wir bürokratische Hürden für nicht-standortheimische Baumsorten wie Douglasien oder Zedern abbauen. Der Abschuss von wiederkäuendem Schalenwild darf nicht die einzige Lösung zum Schutz von Verbissschäden sein. Wir müssen vor allem auch auf die Errichtung von Schutzanlagen setzen. Entsprechend sollte auch im Bereich der Forschungsförderung ein Schwerpunkt auf Innovationen bei der naturnahen Waldbewirtschaftung und auf alternative Baumarten gesetzt werden.
Der Forst ist immer noch männlich dominiert. Brauchen wir einen Wandel? Wenn ja, wie hoch sollte der Frauenanteil liegen und wie wollen Sie das erreichen?	Für uns Freie Demokraten steht fest, dass wir nur mit mehr Fachleuten und einer starken Forstverwaltung die Wälder für den Klimawandel wappnen können. Wir Freie Demokraten erwarten von Unternehmen in Baden-Württemberg eine deutliche Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen und werden uns dafür auch im Öffentlichen Dienst einsetzen. Eine gesetzliche Quote lehnen wir jedoch ab: So werden Frauen zu Platzhaltern degradiert und nicht entsprechend ihrer Leistungen gewürdigt. Wir setzen vielmehr auf Anreize, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen.

Landwirtschaft

„Die Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Die Zahl der Betriebe und der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen nimmt ab. Die Mengen der erzeugten Produkte sind hingegen stark gestiegen. […] Die enorme Erzeugungssteigerung hat ihre Ursache in der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Produktionsweisen,“ so der Deutsche Bauernverband. Die Kehrseite stellt das Umweltbundesamt dar: Die „Intensivierung hinterlässt Spuren. Der Einsatz von Maschinen zur Bodenbearbeitung und Ernte sowie die Ausbringung von Pflanzenschutz- oder Düngemitteln findet in der Landschaft statt und beeinflusst den Boden, das Wasser, die Luft und die in der Agrarlandschaft lebenden Tiere und Pflanzen (allgemein Biodiversität). […] Ausgebrachte Pflanzenschutzmittel [Pestizide] und in den Düngemitteln enthaltene Schwermetalle, Schadstoffe und Rückstände von Arzneimitteln aus der Intensivtierhaltung stellen weitere potenzielle Gefahren für terrestrische und aquatische Ökosysteme dar. Weitere Folgen sind der Verlust der Artenvielfalt und der mit Landnutzungsänderungen (vor allem Grünlandumbruch, Moornutzung und Rodung von Wäldern), der Ausbringung von Düngemitteln, der Bodenbearbeitung und Tierhaltung verbundene Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase. Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands 7,3 Prozent (ohne landwirtschaftliche Landnutzung und Landnutzungsänderungen, ohne Emissionen aus Mineraldüngerproduktion). Sie steht damit noch vor der Industrie auf Platz zwei der Hauptemittenten (Platz eins: Energiebereich 86,3 Prozent).“

Die Landwirtschaft im Nordschwarzwald stellt sich im Vergleich zu anderen Regionen und Bundesländern in Summe strukturreicher und kleinteiliger dar und wir haben viele gute Beispiele für eine nachhaltige Landwirtschaft. Mit Blick auf die nationale und internationale Konkurrenzsituation müssen sich aber auch die Betriebe bei uns weiter professionalisieren, also effizienter und größer werden. Da der Markt nicht bereit ist, einen gerechten Preis für eine nachhaltige Landwirtschaft zu zahlen und die Politik versagt und weiter auf Freiwilligkeit sowie Anreize setzt, werden die Kosten externalisiert und in großem Maße auf Natur und Umwelt abgewälzt. Die negativen Folgen sind auch bei uns sichtbar geworden. Traurige Negativbeispiele der Region waren 2020 der Schlachthof-Skandal in Gärtringen oder die massenhaften Corona-Erkrankungen von 415 Mitarbeitenden von Müller-Fleisch.

Frage	Antwort
Wie wollen Sie eine tier-, mensch-, umwelt- und klimagerechte Landwirtschaft erreichen? Wie ist Ihre Strategie? Brauchen wir mehr Gebote/Verbote, oder mehr Freiwilligkeit? Für was wollen Sie sich persönlich einsetzen?	Die Herausforderungen des Tier-, Arten-, Klima-, Umwelt und Bodenschutzes sowie der Sicherung der Versorgungssicherheit mit hochwertigen Lebensmitteln lassen sich nicht durch Verbote und überzogene Auflagen bewältigen. Wir wollen die unternehmerische Landwirtschaft stärken, indem wir auf selbstbestimme Landwirte sowie Innovationen und Forschung setzen – im ökologischen wie auch im konventionellen Landbau. Wir wollen eine intensive und effektive Agrarforschung sowie technische Innovationen strategisch entwickeln, um synthetische Pflanzenschutzmittel in der konventionellen Landwirtschaft und umweltbelastende Pflanzenstärkungsmittel im Ökolandbau zu verringern. Dazu wollen wir Freie Demokraten auch den zukunftsfähigen Ausbau der digitalen Infrastruktur voranbringen. Um auch kleineren landwirtschaftlichen Betrieben eine digital gestützte Präzisionslandwirtschaft zu ermöglichen, wollen wir die notwendigen Geodaten und die Satellitenpositionssignale für die Land- und Forstwirtschaft gebührenfrei zur Verfügung stellen. Wir machen uns für die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage als steuerlichen Anreiz zur Vorsorge durch Rücklagenbildung stark, denn wir setzen auf Eigenverantwortung und betriebliches Risikomanagement. Wir rufen zum Dialog von Landwirtschaft und Gesellschaft auf! Wir benötigen eine faktenbasierte Auseinandersetzung mit allen beteiligten Akteuren: Handel, Landwirte, Umweltschützer und Verbraucherschützer sowie die Verbraucher. Eine noch bessere Vermarktung unserer hochwertigen regionalen und saisonalen Produkte verlieren wir ebenfalls nicht aus den Augen. Denn hiermit unterstützen wir unsere heimischen Betriebe sowie den Erhalt unserer Kulturlandschaft und zugleich betreiben wir damit wirksamen Klimaschutz. Wir setzen uns für den Tierschutz ein und wollen, dass die Nutztierhaltung im Ländle so artgerecht wie möglich erfolgt. Deshalb setzen wir uns für die Etablierung eines verpflichtenden Tierwohlkennzeichens auf europäischer Ebene ein, das die Haltungsbedingungen für alle Tiere in Europa verbessern kann. Um die Einhaltung der Regelungen besser kontrollieren zu können, setzen wir uns für eine Ausweitung der Kontrollen und eine starke Veterinärverwaltung ein. Steigende Anforderungen bei Tier-, Klima- und Umweltschutz erfordern umfangreiche Investitionen in Technik und Tierhaltungssysteme. Wir wollen daher das Agrarinvestitionsprogramm von Auflagen und Bürokratie entschlacken und bei der Mittelverteilung innerhalb der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik deutlich stärken.

Streuobstwiesen gelten als ökologische Hotspots, als Kleinode, Perlen und wertvolles Erbe. Wie wollen Sie den weiteren Rückgang von Streuobstwiesen durch: • Abholzungen für Flächeninanspruchnahmen, oder • Absterben wegen fehlender Pflege verhindern? Wie wollen Sie die Arbeit der Menschen und die Früchte (Apfel, Birnen …) in Wert setzen?	Die Landwirte, die heute noch nennenswerte Streuobstflächen besitzen, haben oft seit Jahrzehnten dem wirtschaftlichen Druck widerstanden, ihre Bäume zu roden. Sie sind Umweltschützer und leisten einen unschätzbaren Dienst für die Natur und die Gesellschaft, den wir Freie Demokraten honorieren wollen. Durch zu weitergehende Auflagen wird eine Bewirtschaftung der Wiesen unmöglich machen. Gerade durch die Bewirtschaftbarkeit der Wiesen schützen wir ihren Erhalt und damit ihre Funktion als wertvolles Biotop. Für die Natur ist viel mehr gewonnen, wenn wir einen leistungsfähigen Baumbestand rational bewirtschaften können, als wenn wir die Flächen zu extensiven Totholzflächen erklären. Die jüngere Generation, die Obstwiesen jetzt zunehmend vererbt bekommt, muss für die Pflege dieses Kultur- und Naturerbes motiviert und unterstützt werden. Wer Streuobst vermarktet, muss die Besonderheiten des Produkts präsentieren: die aufwendige Bewirtschaftung der großen Bäume, das hochwertige Obst, das Landschaftsbild unserer Heimat sowie die Arten- und Sortenvielfalt, die mit den Streuobstbeständen verbunden ist. Wenn den Verbraucherinnen und Verbrauchern das bewusst ist und sie bereit sind, dafür Geld auszugeben, können sich Streuobstprodukte auf dem Markt behaupten. Seit Jahren warnen wir davor, dass die planwirtschaftliche Forcierung des Ökolandbaus zu einem Preisverfall führen wird und damit schließlich auch das Ziel des Artenschutzes konterkariert. Das zeigt sich nun in Sachen Streuobst, wie die Kleine Anfrage des agrarpolitischen Sprechers der FDP/DVP Fraktion Klaus Hoher - Drs. 16/9820 zeigt: Ein Grund dafür, dass der Bio-Apfelsaftmarkt in den letzten Jahren nicht für einen verlässlichen Absatzmarkt für Streuobst habe sorgen können, liege in der schnell zunehmenden Biozertifizierung von Streuobstwiesen. Für die biologische Vielfalt ist aber nicht entscheidend, ob der Anbau ökologisch oder konventionell erfolgt, sondern ob es sich dabei Hochstamm-Bäume handelt.

Flächenschutz

„Die Bundesregierung hat das Ziel von unter 30 Hektar täglicher Flächenneuinanspruchnahme im Jahr 2030 formuliert. Für Baden-Württemberg leitet sich daraus […] ein Zielwert von unter 3 Hektar pro Tag ab. Langfristiges Ziel für Baden-Württemberg ist die Netto-Null.“ Wie auch der Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordern wir, „dass ab 2030 keine neuen Flächen mehr zur Bebauung ausgewiesen werden, wenn nicht an anderer Stelle ein Ausgleich für die Natur geschaffen wird.“ Ziel muss einen Netto-Null-Zustand bis spätestens 2030 sein. Der Flächenschutz würde sich direkt auf Gewerbe, Wohnbebauung und Straßeninfrastruktur auswirken.

(Interkommunale) Gewerbegebiete werden gerne im Wald oder auf der Grünen Wiese geplant. Sie zerstören unsere Ökosysteme und zerschneiden die Landschaft. Beispiele sollen für das geplante Gewerbegebiet Ochsenwäldle von Pforzheim 61 Hektar gesunder Mischwald gerodet werden.

In der Stadt wie auch auf dem Land zeigt sich seit Jahren ein großer Wohnraumbedarf. Die Preise für Wohnraum deutlich gestiegen. Das Ziel vieler Menschen ist immer noch ein Haus im Grünen mit entsprechend hohen Flächenverlusten. In der Stadt fehlt es an bezahlbarem Wohnraum mit entsprechenden sozialen Folgen.

Für Straßen werden weiterhin riesige Flächen verschwendet. Prominentes Beispiel ist der Dannenröder Forst in Hessen, wo 85 Hektar ökologisch gesunder Mischwald gerodet, 250 Hektar weitere Flächen versiegelt und die Trinkwasserversorgung von 500.000 Menschen gefährdet werden.

Frage	Antwort
Der Gewerbe- und Wohnflächenbedarf wird weiterhin als lineare Funktion angegeben. Die Kommunen versuchen, diese Vorgaben zu erfüllen. Dies widerspricht den Grenzen des Wachstums. Wie wollen Sie den Flächenverlust stoppen?	Wir Freie Demokraten setzten uns für eine stärkere Nachverdichtung sowie die Festschreibung höherer baulicher Dichten ein.
BUND und NABU fordern: „Auf den Neubau von Straßen ist grundsätzlich zu verzichten. Künftige Verkehrsplanungen sind zumindest flächenneutral sowie verkehrsträgerübergreifend durchzuführen.“ Werden Sie sich dafür einsetzen?	Eine pauschale Absage an den Neubau von Straßen teilen wir nicht. Es gibt durchaus Situationen, wo dies angemessen oder gar notwendig ist.
Werden Sie sich für die Nichtverlängerung des § 13b Baugesetzbuch (Ausweisung neuer Wohngebiete im bisherigen Außenbereich im Anschluss an bebaute Ortsteile im vereinfachten Verfahren) im Bundesrat und beim Bund einsetzen?	Der § 13b Baugesetzbuch hat sich in der Vergangenheit als ein sinnvolles Instrument erweisen. Eine Verlängerung ist für uns daher durchaus vorstellbar.

Klimaschutz

„Mit dem Übereinkommen von Paris verpflichten sich alle Staaten der Welt, Maßnahmen zum Klimaschutz durchzuführen, um die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C bzw. 1,5°C gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen. […] Die globalen Risiken für das Klimasystem, Natur und Mensch sind bereits bei 1,5°C globaler Erwärmung höher als bisher angenommen. […] Um die Erderwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen, ist eine radikale Reduktion der Treibhausgasemissionen weltweit insbesondere bis 2030 erforderlich.“ (Umweltbundesamt)

Internalisierung von Kosten für Treibhausgase

Eine Bepreisung von Treibhausgasen ist entscheidend für die Transformation des Energiesektors. Laut Umweltbundesamt lagen die Klimakosten 2016 pro Tonne Treibhausgas bei rund 180 €. Diese Kosten werden von der Allgemeinheit getragen und werden auf das Konto zukünftiger Generationen geschrieben. Es findet eine Externalisierung der Kosten statt.

Ab Januar 2021 liegt der Preis pro Tonne CO_2 bei 25 Euro und soll dann schrittweise bis 2025 auf bis zu 55 Euro erhöht werden. „Für das Jahr 2026 soll ein Preiskorridor von mindestens 55 und höchstens 65 Euro gelten,“ so die Bundesregierung. Mit Blick auf die Kosten reicht dieses Ziel nicht aus.

Die Stadt Stuttgart hat 2020 für alle Wirtschaftlichkeitsberechnungen einen CO_2-Preis von 50 Euro pro Tonne CO_2 eingeführt und erhöht den Preis jährlich um 15 Euro.

BUND und NABU fordern, dass für Wirtschaftlichkeitsberechnungen ein Schattenpreis von 180 Euro je Tonne CO_2 in allen Bereichen des Verwaltungshandelns einberechnet wird.

Frage	Antwort
Sollte der CO_2-Preis des Landes Baden-Württemberg nach Ihrer Ansicht unter dem Preis der Landeshauptstadt Stuttgart (50 Euro Startpreis für Wirtschaftlichkeitsberechnungen) liegen? Wenn nein, für welchen Preis werden Sie sich einsetzen?	Der Emissionshandel mit klar definierten Emissionsobergrenzen (Cap and Trade) hat sich als erfolgreiches Instrument bewährt. Die Treibhausgasemissionen sind in Deutschland in den letzten Jahren praktisch nur im Stromsektor zurückgegangen. Viele Studien bestätigen den Emissionshandel als Hauptursache. Er muss weiterentwickelt und auf alle Energiesektoren ausgeweitet werden, um einen fairen Wettbewerb der Ideen zu erreichen und auch heute noch gar nicht bekannten Ansätzen eine Chance zu geben. Das skeptische Feedback aus der Wirtschaft zum CO2-Preis der Landesregierung bestärkt uns darin, dass die FDP-Lösung wirksamer ist.
Wie hoch soll der Preis nach Ende der Wahlperiode 2025 liegen? Warum soll er so hoch liegen?	s.o.

Energiewende Verwaltung

Frage	Antwort

Was sind Ihre energetischen Ziele für die Landesbetriebe? Wie viel kann sofort eingespart werden?	Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass den Landesbetrieben unter den Gesichtspunkten der Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele des Landes eine bedeutende Rolle und Vorbildfunktion zukommt. Dabei wollen wir neue Maßstäbe durch das Zusammenspiel von Technologie, Markt und Klimaschutz setzen. Fundierte Aussagen über mögliche Einsparungen in diesem Bereich können wir vom jetzigen Standpunkt aus leider nicht machen. Die Anforderungen an das Energiemanagement in diesem Bereich werden wir im Falle einer Regierungsbeteiligung überprüfen und weiterentwickeln. Dies ist eine Voraussetzung, um tatsächliche Energieeinsparpotenziale aufzudecken und Modernisierungsmaßnahmen zielgerichtet zu planen. Wir setzen grundsätzlich auf den Einsatz von energiesparender Gebäudetechnik und auch auf eigenverantwortliche das Verhalten der Nutzer und Nutzerinnen eines Gebäudes, das wesentlichen Einfluss auf den Energieverbrauch hat. Hier gilt es, die Nutzerinnen und Nutzer über die Energieverbräuche zu informieren und über den rücksichtsvollen Umgang mit der Energie zu informieren. Als Freie Demokraten sind wir im Übrigen stolz darauf, dass die FDP-Fraktion im Bundestag die erste klimaneutrale Fraktion im Deutschen Bundestag ist und damit neue Maßstäbe durch das Zusammenspiel von Technologie, Markt und Klimaschutz setzt und dies vorlebt. Die FDP-Bundestagsfraktion hat alle Kohlendioxid-Emissionen seit Beginn der laufenden Legislaturperiode durch das Stilllegen von EU-Emissionsberechtigungen vollständig ausgeglichen, was rund 940 Tonnen entspricht.
Wie beziehen Sie externe Umweltkosten, beispielsweise für Treibhausgase, in Ihre Kalkulationen mit ein?	Unser modernes Verständnis von Umweltkosten bezieht nicht nur die internen Umweltkosten, sondern auch alle emissions- und reststoffbedingten Kosten mit ein. Hier werden wir bspw. die Personal-, Abschreibungs- oder Einkaufskosten miteinbeziehen. Für uns Freie Demokraten zählt dabei das Verursacherprinzip.

Energiewende Gebäude und Wohnen

Frage	**Antwort**
Viel Energie geht immer noch durch schlecht isolierte Dächer oder Fassaden und veraltete Fenster verloren. Viele alte Gebäude haben immer noch ineffizient Ölheizungen. Wie erhöhen Sie die Modernisierungsquote im privaten Sektor?	Wir Freie Demokraten wollen das ineffiziente und bürokratische Erneuerbare-Wärme-Gesetz Baden-Württemberg (EWärmeG) abschaffen, da es sich als Sanierungsbremse erwiesen hat. Der Gebäudebereich spielt eine entscheidende Rolle bei der Erreichung der Klimaschutzziele. Fast 40 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland entfallen auf den Gebäudesektor. Während neue Gebäude hohe energetische Standards erfüllen müssen, liegt bei Bestandsgebäuden viel im Argen. Mit der aktuellen Sanierungsquote von rund einem Prozent pro Jahr wird sich das Ziel der Bundesregie-

	rung, bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen, nicht umsetzen lassen. Da die Neubautätigkeit kaum ins Gewicht fällt, ist es umso wichtiger, Bestandsgebäude energetisch zu sanieren. Wir wollen die energetische Nutzung von Holz und anderer Biomasse fördern, wo dies nicht in Konkurrenz zur stofflichen Verwendung oder zur Nahrungsmittelerzeugung steht. Im Sinne der Kaskadennutzung sollte Holz möglichst zuerst stofflich verwendet werden. Danach kann es wie Biomasse zu Heizzwecken, zur bedarfsabhängigen Stromerzeugung oder zur Erzeugung von Bio-Kraftstoffen genutzt werden. Nach Ausweitung des Emissionshandels auf Wärme und Verkehr sollte sich Bio-Energie auch ohne spezifische Förderung am Markt behaupten. Bürokratische Hürden wollen wir beseitigen.
Wie erhöhen Sie den Anteil an regenerativen Energie zur Wärme- und Stromgewinnung im privaten Sektor? Was sind aus Ihrer Sicht die größten Hindernisse und wie wollen Sie Hindernisse abbauen?	Wir bekennen uns zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Dieser sollte allerdings marktgetrieben erfolgen. Die einseitige Fokussierung auf die Produktion von Strom mit Photovoltaik-Anlagen ist angesichts der Herausforderungen der CO2-Einsparziele nicht zielführend. Für eine erfolgreiche Energiewende im privaten Sektor müssen wir vor allem auch die Bereitstellung von Wärme als einer der Hauptenergiebedarfe in den Blick nehmen. Hier können Blockheizkraftwerke, Brennstoffzellenheizungen, Solarthermie oder Wärmepumpen einen sinnvollen Beitrag leisten. Gebäudesanierungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Energieeffizienz und damit zum Klimaschutz. Wirksame Fortschritte beim Klimaschutz erreichen wir nur, wenn wir marktwirtschaftliche Instrumente nutzen und echte Anreize schaffen. Der Staat sollte es jedem Bauherrn selbst überlassen, auf welchem Wege er Energie spart. Unterstützungsprogramme können Anreize schaffen – entscheiden müssen Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger aber selbst.

Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie

Frage	**Antwort**
Viele Unternehmen tragen in der Region direkt, indirekt und durch Pendler- und Logistik-Verkehre zu einem großen Teil zum Energieverbrauch bei. Wie wollen Sie den Energieverbrauch senken und den Einsatz regenerativer Energien stärken? Wie sollen unvermeidbare Emissionen ausgeglichen werden?	Wir treten für eine Ausweitung des CO2-Zertifikatehandels ein. Dies hat sich nachweislich als der effektivste Weg erwiesen, um CO2-Emissionen zu reduzieren. Ein wichtiger Baustein dazu wird der Einsatz neuer Technologien sein – dies ist auch gerade im Mobilitätsbereich der Fall. Hier können Konzepte und Antriebe nach neuestem technischem Stand einen erheblichen Unterschied machen.
Wie wollen Sie einen Wechsel zu weniger motorisierten Individualverkehren und zu weniger Transportwegen von Gütern auf der Straße erreichen?	Eine Bepreisung von CO2-Emissionen durch einen ausgeweiteten Zertifikatehandel gibt nachhaltige Anreize zur Vermeidung von CO2-Emissionen durch den Verkehr.

Energieleitplanung und Energieversorgung

Frage	**Antwort**
Wie soll der Energieverbrauch in der Region vermindert werden und wie soll der Energiebedarf ökologisch nachhaltig bereitgestellt werden?	Bei der Energiewende geht es nicht um das „für oder wider“, sondern um das „wie“. Wir sind überzeugt, dass sich Ressourcen am besten sparen lassen und sich das Klima am besten schützen lässt, wenn wir

	konsequent auf marktwirtschaftlichen Wettbewerb, Technologieoffenheit und Anreize für Innovationen setzen. Verbote bremsen erfahrungsgemäß mehr, als sie nützen. Sämtliche gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger müssen daher die Chance bekommen, sich marktwirtschaftlich zu behaupten und eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Etwa die Hälfte des gesamten Endenergieverbrauchs wird für den Wärmesektor benötigt. Das verdeutlicht, dass eine Energiewende nur im Zusammenhang mit einer Wärmewende erfolgreich sein kann. Wichtige Bausteine der Wärmewende sind die Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden, der Einsatz regenerativer Energien, der Ausbau und die Modernisierung von Wärmenetzen und die intelligente Nutzung von Abwärmepotenziale. Baden-Württemberg hat ein erhebliches Potenzial an Holzenergie. Sie kann grundlastfähig genutzt werden, wenn Sonne und Wind nicht verfügbar sind, ist dezentral verfügbar und sorgt für Wertschöpfung in ländlichen Räumen. Wir wollen daher, vor allem bei der energetischen Nutzung von Schwachholz, bürokratische Hürden beseitigen. Wir werden außerdem die Energieberatung vor Ort fördern und die Weiterbildung von Ingenieuren und Handwerksbetrieben in der Energie- und Gebäudeautomation stärken.
Wie stellen Sie sicher, dass bei privaten und öffentlichen Neubauprojekten Nah- und Fernwärmenutzung möglich ist, oder dass Ladestationen für E-Mobilität vorhanden sind?	Wir Freie Demokraten wollen die Möglichkeit kommunaler Anschlusszwänge für leitungsgebundene Wärmeversorgung aus der Gemeindeordnung streichen. Die Kraft-Wärme-Kopplung bietet zwar in Verbindung mit Nah- und Fernwärmenetzen große Chancen. Sie muss sich aber durch Wirtschaftlichkeit durchsetzen, nicht durch Beseitigung jeglichen Wettbewerbs.

Ausbau regenerative Energien

Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie sind mögliche regenerative Energieträger der Region. Wir können damit die fossilen Energieträger ersetzen. Trotzdem gibt es Vorbehalte.

Frage	**Antwort**
Was tun Sie dafür, dass der Ausbau von PV- und Solarthermie weiter vorangetrieben wird?	Wie bereits ausgeführt, bekennen wir Freie Demokraten uns zum Ausbau der erneuerbaren Energien und damit auch zum Ausbau von PV- und Solarthermie. Dieser sollte allerdings marktgetrieben erfolgen. Wirksame Fortschritte beim Klimaschutz erreichen wir nur, wenn wir marktwirtschaftliche Instrumente nutzen und echte Anreize schaffen. Eine Solarpflicht auf Gebäuden geht beispielsweise an den Interessen der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger vorbei. Die einseitige Fokussierung auf die Produktion von Strom mit Photovoltaik-Anlagen ist angesichts der Herausforderungen der CO2-Einsparziele nicht zielführend. Für eine erfolgreiche Energiewende im Gebäudesektor müssen wir vor allem auch die Bereitstellung von Wärme als einer der Hauptenergiebedarfe in den Blick nehmen.
Wie können wir art- und naturverträglich Windenergie ausbauen? Und was antworten Sie professionalisierten Bewegungen wie „Vernunftkraft“, die zwar eine „vernünftige Energiepolitik“ proklamieren, sich	Wir wollen eine Energiewende, in die jede Region ihre Stärken einbringt und nicht ihre Schwächen. Die einseitige Fixierung Baden-Württembergs auf den Ausbau von Windenergieanlagen in windschwachen

dann aber meist als Gegner der Windenergie-Projekte definieren?	Gebieten muss daher beendet werden. Bei der Windkraft einen planerischen Vorsorgeabstand von 1.500 Metern zur Wohnbebauung, die Rückkehr zur Schwarz-Weiß-Planung im Landesplanungsgesetz sowie Ausschlusskriterien im zu überarbeitenden Landesentwicklungsplan nach rheinland-pfälzischem Vorbild anstreben.
Geothermie, insbesondere Tiefen-Geothermie, stellt im Bereich des Rheingrabens eine noch wenig genutzte Energiequelle dar. Wie könnte eine Nutzung aussehen? Wie könnte die Wärme (Transit über den Schwarzwald) verteilt werden und wie gehen Sie mit möglichen Schäden bei Bauwerken um?	Wir betrachten die Tiefe-Geothermie als einen Baustein im gesamten Spektrum der regenerativen Energien. Obwohl die Stromerzeugung durch Tiefen-Geothermie ein erhebliches Ausbaupotenzial besitzt, stockt deren Erschließung derzeit. Den Ausbau der Tiefen-Geothermie wollen wir weiterhin behutsam angehen und wissenschaftlich begleiten. Wir erkennen den wachsenden Vertrauensverlust und die Skepsis der Bürger bei Geothermie-Projekten und setzen deshalb auf ideologiefreie und wissenschaftlich fundierte Information sowie die frühzeitige Einbindung und den Dialog mit den Betroffenen.

Klimaanpassungsstrategie

Im Dezember 2020 warnt die UNO, dass die globale Erwärmung auf mehr als drei Grad zusteuert. Das sind Mittelwerte aus Land- und Meeresflächen. Für Landflächen bedeutet eine durchschnittliche Erwärmung von 3 Grad, dass es deutlich wärmer wird als 3 Grad. Aktuell haben wir eine durchschnittliche Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit von knapp 0,87 Grad erreicht. Über Landflächen liegt die Zunahme weltweit betrachtet aber bereits 1,53 Grad, so die dpa.

Frage	**Antwort**
Was sind Ihre Anpassungsstrategien in Bezug auf Hitzestress? Wie schützen Sie Städte wie Pforzheim, die schon heute unter sommerlichen Hitzeperioden leiden?	Wir Freie Demokraten wollen die Entwicklung innerstädtischer Grünflächen, Kleingartenanlagen und Kaltluftschneisen fördern, um sowohl sommerlicher Überhitzung vorzubeugen als auch die urbane Biodiversität zu fördern.
Kaltluftschneisen werden in Zukunft noch wichtiger werden. Wie schützen Sie solche Bereiche vor Bebauung?	Gerade im urbanen Raum spitzt sich die Konkurrenz zwischen z. B. Verkehrswegen, dringend benötigtem Wohnraum, gestiegenen Ansprüchen an die Lebensqualität und Lebensmittelproduktionsflächen zu. Die Erhaltung und Fortentwicklung von Grün- und Freiflächen muss dabei – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Klimawandels – als eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe angesehen werden. Die Umsetzung einiger Handlungsempfehlungen und die Überprüfung des Fortschritts müssen zur Etablierung einer qualitativen und funktionalen Landschaftsgestaltung als Rückzugsort für Arten und Erholungsraum der Menschen im urbanen Raum vorangetrieben werden. Hierbei setzen wir auf die aktive Beteiligung von Ehrenamt, Landnutzern und Grundeigentümern.

Mobilitätswende

Die Mobilität im Nordschwarzwald ist, wie in anderen ländlichen Gebieten auch, auf das eigene Auto ausgerichtet. Ohne eine Mobilitätswende wird die Klima- und Energiewende nicht gelingen.

Frage	**Antwort**
Innerorts Tempo 30, außerorts Tempo 80 und maximal Tempo 120 auf Autobahnen/autobahnähnlichen Straßen. Die Beförderungskapazität einer Straße wird durch eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht verändert, da die „Sättigungsverkehrsstärke vom zeitlichen Abstand der fahrenden Kraftfahrzeuge abhängt“. (UBA) Vorteile neben weniger Energieverbrauch sind: weniger Lärm durch verminderte Rollwiderstände, flüssigeres Verkehrsaufkommen und kein Überholdruck von LKW auf Landstraßen. Werden Sie sich dafür einsetzen und was wollen Sie erreichen?	Starre Geschwindigkeitsbeschränkungen, wie sie hier vorgeschlagen werden, lehnen wir ab. Wir setzen auf die Digitalisierung und Telematik, die situative Beschränkungen ermöglicht, dort wo sie angebracht sind. Persönlich kann ich mich aber auch arrangieren, da ich es gewohnt bin dass im Europäischen Ausland entsprechende Geschwindigkeitsbegrenzungen gelten.
Tempo 30 für E-Bikes bei gleichzeitiger Anpassung des Tempolimits innerorts auf 30 km/h. E-Bikes stellen das Verkehrsmittel der Zukunft für den Nahverkehr dar, oder sind es bereits. Eine Nivellierung auf Tempo 30 aller Verkehrsteilnehmer innerorts würde den Verkehrsfluss weiter verbessern und gefährliche Überholvorgänge rechtlich (faktisch) ausschließen. Werden Sie sich dafür einsetzen?	Bereits heute gibt es einen erschreckenden Anstieg an Unfallzahlen mit E-Bikes. Eine Heraufsetzung der Geschwindigkeit von 25 km/h auf 30 km/h würden wir mit großer Sorge sehen. Diese insbesondere auch, da viele E-Bike-Fahrerinnen und E-Bike-Fahrer ohne Helm unterwegs sind.
Wir brauchen bessere Radverbindungen ohne dabei mehr Flächen zu verbrauchen. Die Stärkung des Radverkehrs muss daher zwangsweise auf Kosten (Raumangebot) anderer Verkehrsmittel wie dem MIV erfolgen. Werden Sie sich dafür einsetzen?	Bei den Planungen von Radschnellwegen braucht es intelligente Lösungen, die die Verkehrsträger gut miteinander vernetzen. Das Planungsrecht unterscheidet nicht, ob es sich um Straßen für Fahrräder oder für den MIV handelt.

Einen Großteil unserer öffentlichen Flächen verlieren wir aktuell für das Parken. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass: • nur noch maximal 9 Parkplätze ebenerdig angelegt werden dürfen und dass bei 10 oder mehr Parkplätzen eine mehrgeschossige und effiziente Parklösung realisiert werden muss? • Parkgebühren überall im öffentlichen Raum erhoben werden? • der Stellplatzschlüssel in der Bauverordnung reduziert wird?	Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung halten wir es für wichtig, dass die Parkraumbewirtschaftung Angelegenheit der Kommunen ist.

Abfall & Plastik

Weil Plastik kaum verrottet und über die Nahrungskette in Pflanzen, Tiere und Menschen gelangt, gilt der Werkstoff vielen Umweltforschern mittlerweile als ebenso große Gefahr für das Ökosystem Erde wie das Treibhausgas Kohlendioxid. Von alleine lösen wird sich das Problem nicht – im Gegenteil: Weltweit wird immer mehr Plastik produziert. Im Jahr 2015 waren es laut dem Kunststoffhersteller-Verband Plastics Europe 322 Millionen Tonnen und damit fast siebenmal so viel wie Mitte der 1970er Jahre. Schätzungen zufolge wird mindestens ein Viertel der weltweiten Kunststoffproduktion für Verpackungen benötigt, und diese landen früher oder später in der Tonne – auch in Europa: In der EU hat der Plastikverpackungsmüll von 2005 bis 2015 um 12 Prozent zugenommen – in Deutschland sogar um 29 Prozent. (iwd-de). Das Müllaufkommen in Baden-Württemberg beträgt pro Jahr ca. 50,7 Millionen Tonnen. Je Einwohner fallen im Jahr rund 220 kg Verpackungsmüll an. „Ziel politischer Maßnahmen muss die Abfallvermeidung sein. Für den unvermeidbaren Abfall muss eine möglichst geschlossene Kreislaufwirtschaft eingeführt werden, die die heimischen Ressourcen nutzt, die Abhängigkeit von globalen Warenströmen reduziert und Wertschöpfung im Land hält.“ (BUND & NABU)

Frage	**Antwort**
Welchen Lösungsansatz verfolgen Sie zur Nutzung von bereits vorhandenem Müll (vor allem Plastik, Deponien, Kläranlagen) und zur Müllreduktion?	Wir stehen für eine innovative Kreislaufwirtschaft und das Schließen von Kreisläufen. Das bedeutet: Abfallströme in Qualität und Quantität zu erfassen, zu separieren und wieder zu einem handelbaren Wertstoff zu verarbeiten. Bürgerinnen und Bürger können mit der Sammlung der haushaltsnahen Abfälle einen ersten wichtigen Schritt zur Kreislaufwirtschaft tun. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Produktverantwortung, bei dem der Hersteller die Verantwortung für die Entsorgung trägt, ist weltweit einmalig und muss weiter gestärkt werden. Wir vertrauen auf den Wettbewerb und die Effizienz privater Entsorgungsunternehmen. Auch im Bereich der Abfallwirtschaft kann Digitalisierung einen Beitrag zu besserem Umweltschutz leisten. Durch neue Markierungstechnologien und verbesserte Handelsstrukturen wollen wir Kreisläufe schließen.
Für die Recycling-Quote sind sortenreine Abfälle entscheidend. Wie wollen Sie in Bezug auf Plastikabfälle, Verbundstoffe in der Automobil- und Industriebrache und bei Baustoffen eine Verbesserung der Quote erreichen?	Wir wollen die Forschung im Bereich der Markierung von Kunststoffen durch fluoreszierende Farbe, Quantenpunkte und künstliche DNA fördern, um möglichst reine Stromströme in der Kreislaufwirtschaft zu erzeugen. Wir setzen dabei auf ökonomische Anreize zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Wir wollen darüber hinaus Methoden und Verfahren fördern, um die Sortierung zu verfeinern und die Recyclingquoten zu erhöhen. Dabei wollen wir die Bürgerinnen und Bürger mit möglichst wenig zusätzlichem Sortieraufwand oder neuen Tonnen belasten. Außerdem wollen wir digitale Handelsplattformen für Kunststoffrezyklate vorantreiben.

Bildung

Frage	Antwort
Im Umweltmanagement wird oft der Kopf-Herz-Hand-Ansatz dargestellt. Bildung gilt als zentraler Baustein im Umwelt- und Klimaschutz. Mit welchen Ideen möchten Sie das Thema Natur-, Umwelt und Klimaschutz in der Schulpolitik weiter verankern/voranbringen?	Es muss sichergestellt sein, dass das Thema „Natur-, Umwelt- und Klimaschutz“ wegen seiner Vielschichtigkeit und Bedeutung für unser Leben ausreichend Berücksichtigung im Unterricht einer großen Bandbreite von Fächern beziehungsweise aller Fächer erfährt. Insbesondere gefragt sind hierbei einerseits die naturwissenschaftlichen und technischen Fächer, die wir unter anderem durch ein eigenständiges Fach Biologie beziehungsweise seine Herauslösung aus dem in der Sekundarstufe I gebildeten Fächerverbund „Biologie, Naturphänomene und Technik (BNT)“ stärken wollen; da der Natur-, Umwelt- und Klimaschutz nach unserer Überzeugung vor allem auch durch Innovationen und neue Technologien vorangebracht wird, treten wir außerdem für das Thema als Gegenstand des Technikunterrichts ein. Andererseits sind insbesondere auch die Gesellschaftswissenschaften und hier vor allem die Fächer Geographie und Wirtschaft gefragt, ebenso Religion und Ethik – Letzteres wollen wir bereits ab der Grundschule anbieten. Welche Inhalte im Bildungsplan für die jeweiligen Fächer verbindlich vorgegeben werden, muss wie bisher in allererster Linie die Aufgabe der Fachkommissionen im Rahmen der nächsten Überarbeitung des Bildungsplans bleiben. Darüber hinaus unterstützen wir die Aufteilung des Bildungsplans in ein Kerncurriculum und ein Schulcurriculum, bei dem die Schulen eigenständige Schwerpunkte setzen können. Hierdurch bestehen gute Möglichkeiten, praktische und auch jahrgangsstufenübergreifende Projekte durchzuführen. Wenn dies in Kooperation mit außerschulischen Partnern geschieht, begrüßen wir dies ausdrücklich. Insgesamt wollen wir die Möglichkeiten der Schulen stärken, mit außerschulischen Partnern zu kooperieren.
Klimawandel und Artensterben nehmen zunehmend Fahrt auf. Viele Erwachsene sind in einer Zeit aufgewachsen, in der der beides noch weniger präsent war. Wie wollen Sie diese Menschen erreichen?	Ein aus unserer Sicht vielversprechender Weg ist auch in diesem Zusammenhang die Erwachsenenbildung. Neben dem entsprechenden Weiterbildungsangebot bedarf es auch entsprechender Anreize, Weiterbildungsangebote aufzusuchen. Nach unserer Auffassung können Weiterbildungsgutscheine ein Wertbewusstsein für Weiterbildungsangebote stärken und somit einen solchen Anreiz schaffen.

Beteiligung

Frage	Antwort
Eine Mitnahme der Bevölkerung ist mehr als nur eine Informationsweitergabe. Was verstehen Sie unter Beteiligung und wie wollen Sie den Dialog zwischen der Bürgerschaft, der Politik, der Verwaltung und den Akteuren auf gleicher Augenhöhe gestalten?	Bürgerbeteiligung und der gegenseitige Austausch zwischen Politik und den Bürgerinnen und Bürgern ist uns ein besonderes Anliegen. Neben einem transparenten und umfassenden Zugriff auf behördliche Informationen, ist gerade auch die Beteiligung bei konkreten Projekten für eine demokratische Zivilgesellschaft bedeutsam. Deshalb haben wir beispiels-

	weise in dieser Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf zur Einführung von Elementen direkter Demokratie auf Landkreisebene eingebracht, den die Regierungsfraktionen von CDU und Grünen unverständlicher Weise abgelehnt haben. Denn Baden-Württemberg ist eines der wenigen Bundesländer, die keine Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene haben. Dabei wäre gerade bei Themen wie dem öffentlichen Nahverkehr, der Abfallwirtschaft oder der Wirtschaftsförderung ein Mitspracherecht der Bürgerschaft auf Kreisebene sehr wichtig.
Umweltverbände setzen sich mit einem hohen Maß an Ehrenamtsarbeit für den Natur- und Umweltweltschutz ein. Sie fragen kritisch nach und helfen so mit, Fehlplanungen frühzeitig zu erkennen. Sie teilen ihre Expertise beispielsweise im Forst, wenn es darum geht, Habitatbäume zu finden. Wie wollen Sie diese Leistung für die Gesellschaft honorieren und in Wert setzen?	Das Ehrenamt in Baden-Württemberg möchten wir weiter unterstützen. Dazu gehört zum einen eine Entlastung von Auflagen und Bürokratie, aber auch gezielte Unterstützungen und Förderungen. Aufgrund der Corona-Pandemie sind ehrenamtliche Strukturen derzeit – besonders in Vereinen – gefährdet. Diese möchten wir daher durch gezielte und zeitlich befristete Förderprogramme unterstützen. Wir treten auch für eine Ehrenamtskarte nach bayerischem Vorbild ein.

Mit freundlichen Grüßen

Patrick Maier
Geschäftsführer BUND-Nordschwarzwald

LNV-Arbeitskreis Enzkreis und Pforzheim	NABU Bezirk Gäu-Nordschwarzwald	Greenpeace Pforzheim
Fridays for future Pforzheim	Radverkehrsinitiative Critical Mass Pforzheim	BUND Regionalverband Nordschwarzwald